

ERWEITERUNG UND GESAMTSANIERUNG KÄTHE-KOLLWITZ-SCHULE

05. AUGUST 2026

Öffentliche Ausschreibung nach Unterschwellenvergabeordnung (UVgO)
Schadstoffsanierung und Rückbau

A1 – ANGEBOTSBLATT

INHALT

1 /	Bietererklärung	3
1.1 /	Angaben des Bieters	3
1.2 /	Bietergemeinschaft.....	4
1.3 /	Nachunternehmen mit Eignungsleihe	4
1.4 /	Nachunternehmen ohne Eignungsleihe	4
1.5 /	Auskünfte nach GWB	4
1.6 /	Verpflichtungserklärung HVTG.....	5
2 /	Berufsstand	6
2.1 /	Handels-/ Partnerschaftsregister	6
2.2 /	Berufszulassung	6
3 /	Leistungsfähigkeit.....	7
3.1 /	Haftpflichtversicherung	7
3.2 /	Jahresumsatz.....	7
3.3 /	Festangestellte Beschäftigte	8
3.4 /	Referenzen	8
4 /	Projektteam	11
4.1 /	Projektleitung	11
4.2 /	Stellvertretende Projektleitung	11
4.3 /	Objektüberwachung.....	12
5 /	Angebot	13
5.1 /	Angebotsbestandteile.....	13
5.2 /	Bietererklärung	14

1 / BIETERERKLÄRUNG

1.1 / ANGABEN DES BIETERS

Das Angebot erfolgt als

EINZELBIETER

☐

BIETERGEMEINSCHAFT

☐

Name Einzelbieter / Name Bietergemeinschaft		
Ansprechpartner bzw. bevollmächtigter Vertreter		
Straße		
PLZ/ Ort		
E-Mail (Ansprechpartner)		
Telefon (Ansprechpartner)		
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer		
Größe des Wirtschaftsteilnehmers ¹	☐ Kleinstunternehmen	☐ Mittleres Unternehmen
	☐ Kleines Unternehmen	☐ Großunternehmen

¹ Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt über folgende Definition:
Kleinstunternehmen (K): bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. € Umsatz;
Kleines Unternehmen (KU): bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. € Umsatz;
Mittleres Unternehmen (MU): bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. € Umsatz;
Großunternehmen (G): über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. € Umsatz.

1.2 / BIETERGEMEINSCHAFT

- A) Bietergemeinschaften sind zugelassen (vgl. § 32 UVgO). Von Bietergemeinschaften ist ein gemeinsames Angebotsblatt auszufüllen. Eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung ist als Nachweis, dass die Bietergemeinschaft auf die Mittel aller Mitglieder tatsächlich zugreifen kann, einzureichen (vgl. Anlage A1.1). Weiterhin sind verschiedene Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft gesondert zu erbringen, dabei ist deutlich zu machen, welche Angaben von welchem Mitglied der Bietergemeinschaft stammen.

1.3 / NACHUNTERNEHMEN MIT EIGNUNGSLEIHE

- A) Der Bieter kann sich bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen der Fähigkeiten, Ressourcen bzw. Mittel anderer Unternehmen bedienen. Sofern der Bieter zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist nachzuweisen, dass der Bieter auf die Mittel des anderen Unternehmens tatsächlich zugreifen kann (vgl. § 34 UVgO). Hierzu ist die Verpflichtungserklärung Eignungsleihe für jedes andere Unternehmen auszufüllen und dem Angebot beizufügen (vgl. Anlage A1.2).

1.4 / NACHUNTERNEHMEN OHNE EIGNUNGSLEIHE

- A) Der Bieter kann Teile des Auftrags an Nachunternehmen ohne Eignungsleihe (Unterauftragnehmer) vergeben. Bei Angebotsabgabe sind in der Verpflichtungserklärung (vgl. Anlage A1.3) die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen, ebenfalls muss mit Angebotsabgabe der Nachweis geführt werden, welche Leistungsanteile von dem Nachunternehmer erbracht werden. Die Nachunternehmer müssen vor Vertragsabschluss namentlich benannt sein.

1.5 / AUSKÜNFTE NACH GWB

- A) Sollten Ausschlussgründe nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegen, so wird der Bieter nach Prüfung dieser vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.
- B) Falls Ausschlussgründe nach **§ 123 GWB** und/oder **§ 124 GWB** vorliegen, sind für eine Selbstreinigung gemäß **§ 125 GWB** die entsprechenden Nachweise der Bewerbung unaufgefordert beizulegen.

☐	Der Bieter erklärt, dass keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen.
☐	Der Bieter erklärt, dass keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen.

1.6 / VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG HVTG**Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 17. Juni 2026, GVBl. 2026 Nr. 40**

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn entsprechend den Vorgaben des § 4 HVTG zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmen im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

1) Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens das Entgelt zu gewähren, das nach § 4 Abs. 1 und 3 HVTG in einer Rechtsverordnung des Landes für die Erbringung der betreffenden Leistung verbindlich vorgegeben wird. Soweit eine solche Rechtsverordnung keine Anwendung findet, verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei der Ausführung der Leistung mindestens das Entgelt zu gewähren, das nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag, einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben wird. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller deren Einhaltung nachzuweisen ist.
- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung einer Leistung über Verkehrsleistungen und freigestellte Schülerverkehre mindestens das in Hessen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung und der für entgeltrelevant erklärten Bestandteile dieser Tarifverträge zu zahlen und Erhöhungen während der Ausführungszeit vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende.

2) Ich/Wir erkläre/n,

dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.

3) Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,

für den Fall des Einsatzes von Nachunternehmen, mit diesen die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4, 5 und 10 HVTG vertraglich zu vereinbaren. Spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen habe ich/haben wir dem Auftraggeber eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens im vorstehenden Sinne vorzulegen. Gleiches gilt, wenn ich/wir oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetze(n)/einsetzt. Diese Verpflichtung gilt entsprechend auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.

4) Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unsere Verpflichtungen
- ◆ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
 - ◆ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
 - ◆ ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
 - ◆ nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.



Mit der Abgabe des unterzeichneten Angebots verpflichtet sich der Bieter bzw. verpflichten sich alle Mitglieder der Bietergemeinschaft verbindlich zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 17. Juni 2026, GVBl. 2026 Nr. 40.

2 / BERUFSSTAND

2.1 / HANDELS- / PARTNERSCHAFTSREGISTER

- A) Bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland ist der entsprechende Auszug aus dem Handels-/ Partnerschaftsregister erst im Auftragsfall vorzulegen.
- B) Bei Unternehmen mit einem Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ist im Auftragsfall ein Auszug aus dem jeweiligen Handels-/ Partnerschaftsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU vorzulegen
- C) Für Bietergemeinschaften ist die Anlage A1.1 zu verwenden.

☐	Der Bieter erklärt, im untenstehenden Handels-/ Partnerschaftsregister eingetragen zu sein.	
	Register/ Nummer	
☐	Der Bieter erklärt, nicht zur Eintragung im Handels-/ Partnerschaftsregister verpflichtet zu sein.	

2.2 / BERUFSZULASSUNG

- A) Als Bieter sind natürliche Personen zugelassen, wenn sie berechtigt sind, Ingenieur- oder Architektenleistungen selbständig zu erbringen und über eine fachliche Anerkennung als Sachverständige/r für Rückbau- bzw. Abbruchmaßnahmen und/oder Schadstoffe in baulichen Anlagen verfügen.
- B) Bei juristischen Personen muss mindestens eine natürliche Person benannt werden, die über die unter A) formulierte Eignung verfügen. Für ausländische Bieter sind gleichwertige Nachweise unter Beachtung der Berufsanerkennungsrichtlinie 2013/55/EU vorzulegen.
- C) **Mindestkriterien:**
Nachweis einer **fachlichen Anerkennung als Sachverständige/r** für Rückbau- bzw. Abbruchmaßnahmen und/oder Schadstoffe in baulichen Anlagen.

Der Nachweis kann erbracht werden durch:

- ♦ öffentliche Bestellung und Vereidigung,
- ♦ eine durch eine Architekten- oder Ingenieurkammer anerkannte Sachverständigenqualifikation,
- ♦ eine andere staatlich anerkannte oder regulierende Sachverständigenqualifikation
- ♦ oder einen gleichwertigen Sachverständigennachweis eines EU-Mitgliedstaates.

☐	Der Bieter erklärt, über den geforderten Nachweis der fachlichen Anerkennung als Sachverständiger zu verfügen.	
	Als Nachweis ist eine entsprechende Urkunde, ein Zertifikat oder ein Anerkennungsbescheid beigelegt.	

3 / LEISTUNGSFÄHIGKEIT

3.1 / HAFTPFLICHTVERSICHERUNG

A) **Mindestdeckungssummen**

- ◆ Personenschäden: 3.000.000 EUR (pro Schadensfall, min. 2-fache Jahresmaximierung)
- ◆ Sachschäden: 3.000.000 EUR (pro Schadensfall, min. 2-fache Jahresmaximierung)

☐	Der Bieter erklärt, dass eine Haftpflichtversicherung mit den oben genannten Mindestdeckungssummen bei einem in der EU zugelassenen Versicherer vorliegt bzw. dass falls eine bestehende Haftpflichtversicherung die o.g. Mindestdeckungssummen nicht enthält, im Auftragsfall eine solche Haftpflichtversicherung abgeschlossen wird. Eine bestehende Versicherungspolice ist beigelegt.
--------------------------	---

3.2 / JAHRESUMSATZ

- A) Eigenerklärungen über den Netto-Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags.
- B) Im Fall einer Bietergemeinschaft (vgl. Kapitel 1.2) sowie bei Eignungsleihe (vgl. Kapitel 1.3) sind die Angaben in der jeweiligen Anlage anzugeben. Zum Nachweis der Erfüllung der Mindestvoraussetzungen werden die jeweiligen Angaben des Bieters, der Bietergemeinschaft bzw. bei Eignungsleihe addiert.
- C) **Mindestkriterium:**
- ◆ Durchschnittlicher Jahresumsatz (netto) für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre in Höhe von 200.000 EUR (in Summe mind. 600.000 EUR)

J A H R	2 0 2 3	2 0 2 4	2 0 2 5
Netto-Gesamtumsatz			

3.3 / FESTANGESTELLTE BESCHÄFTIGTE

- A) Erklärung zu den durchschnittlich festangestellten Beschäftigten zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots und in den beiden davor liegenden Jahren mit Qualifikation und Berufserfahrung bezogen auf die ausgeschriebene oder vergleichbare Leistung.
- B) Im Fall einer Bietergemeinschaft (vgl. Kapitel 1.2) sowie bei Eignungsleihe (vgl. Kapitel 1.3) sind die Angaben in der jeweiligen Anlage anzugeben. Zum Nachweis der Erfüllung der Mindestvoraussetzungen werden die jeweiligen Angaben des Bieters, der Bietergemeinschaft bzw. bei Eignungsleihe addiert.
- C) **Mindestkriterium:**
- ♦ Mind. 3 festangestellte Architekten / Ingenieure bzw. Mitarbeiter **im Bereich Schadstoffsanierung und/oder im Bereich Entkernung/Rückbauarbeiten** (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung

J A H R	2 0 2 4	2 0 2 5	2 0 2 6
Festangestellte Mitarbeiter (Schadstoffsanierung und/oder Entkernung/Rückbauarbeiten) mind. 5 Jahren Berufserfahrung			

3.4 / REFERENZEN

- A) Der Nachweis der geforderten Referenzen erfolgt durch Eintragung in den nachfolgenden Referenzblättern. Die Prüfung der Referenzen erfolgt nur für die dort eingetragenen Projekte.
- B) Der Bieter hat zur Darlegung der Eignung gemäß §§ 33 und 35 UVgO Referenzen in Bezug auf die folgenden Bereiche darzulegen:
- ♦ 1 Referenz – Komplettrückbau inkl. Schadstoffsanierung
 - ♦ 1 Referenz – Entkernung inkl. Schadstoffsanierung
- Mindestkriterien für alle Referenzen**
- ♦ Umfasste Planungsleistungen zum Rückbau und Schadstoffsanierungsmaßnahmen, insbesondere in den Leistungsbereichen Planung, Ausschreibung, Objektüberwachung
 - ♦ Fertigstellung der Arbeiten innerhalb der letzten 8 Jahre (08/2018 – Zeitpunkt der Frist für die Einreichung des Angebots)
 - ♦ Sanierungsfläche $\geq 1.500 \text{ m}^2$
- Mindestkriterium für Referenz 2**
- ♦ Durchführung im laufenden Betrieb
- Zusätzliche Mindestkriterien für Referenz 1 oder 2**
- ♦ Öffentlicher Auftraggeber oder Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts
 - ♦ Erläuterungsbericht zum Rückbau- und Sanierungskonzept inkl. Entsorgungskonzept
 - ♦ Baubegleitende Beprobung schadstoffverdächtiger Materialien
 - ♦ Durchführung mit Abschottungs- und Schutzmaßnahmen
- C) Nicht jede der o.g. Referenzen muss eines dieser zusätzlichen Mindestkriterien erfüllen. Eine der o.g. Referenzen kann jedoch auch mehrere der zusätzlichen Mindestkriterien erfüllen. Insgesamt muss jedes zusätzliche Mindestkriterium mindestens einmal erfüllt werden. Das Nichterreichen der Mindesteignung führt zum Ausschluss des Angebotes.
- D) Die geforderten Angaben sollen plausibel und nachvollziehbar sowie mit Bezugnahme der gemachten Angaben in einer Projektbeschreibung (max. 2 DIN-A4 Seiten) dargestellt werden.

ERWEITERUNG UND GESAMTSANIERUNG KÄTHE-KOLLWITZ-SCHULE

A1 – ANGEBOTSBLATT | SCHADSTOFFSANIERUNG & RÜCKBAU

REFERENZ 1 – KOMPLETTRÜCKBAU INKL. SCHADSTOFFSANIERUNG

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Komplett Rückbau eines Hochbauprojekts inkl. Schadstoffsanierung (Abriss)	☐ Ja ☐ Nein [Ausschluss]
Umfasste Planungsleistungen zum Rückbau und Schadstoffsanierungsmaßnahmen, insbesondere in den Leistungsbereichen Planung, Ausschreibung, Objektüberwachung	☐ Ja ☐ Nein [Ausschluss]
Fertigstellung der Arbeiten innerhalb der letzten 8 Jahre (08/2018 – Einreichung des Angebots)	☐ Ja, Fertigstellung (MM/JJJJ): _____ ☐ Nein [Ausschluss]
Sanierungsfläche $\geq 1.500 \text{ m}^2$	☐ Ja, Flächengröße: _____ m^2 ☐ Nein [Ausschluss]

WEITERES MINDESTKRITERIUM (ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 1 ODER 2)

Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	☐ Ja ☐ Nein
Erläuterungsbericht zum Rückbau- und Sanierungskonzept inkl. Entsorgungskonzept	☐ Ja ☐ Nein
Baubegleitende Beprobung schadstoffverdächtiger Materialien	☐ Ja ☐ Nein
Durchführung mit Abschottungs- und Schutzmaßnahmen (z.B. Schwarzbereich, Unterdruckhaltung, Staubschutz, organisatorische Trennung, Lärminderung etc.)	☐ Ja ☐ Nein

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben (max. 2 DIN-A4 Seiten)	☐ Ja
---	-----------------------------

ERWEITERUNG UND GESAMTSANIERUNG KÄTHE-KOLLWITZ-SCHULE

A1 - ANGEBOTSBLATT | SCHADSTOFFSANIERUNG & RÜCKBAU

REFERENZ 2 - ENTKERNUNG INKL. SCHADSTOFFSANIERUNG

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Entkernung eines Hochbauprojekts inkl. Schadstoffsanierung	☐ Ja ☐ Nein [Ausschluss]
Durchführung im laufenden Betrieb	☐ Ja ☐ Nein [Ausschluss]
Umfasste Planungsleistungen zum Rückbau und Schadstoffsanierungsmaßnahmen, insbesondere in den Leistungsbereichen Planung, Ausschreibung, Objektüberwachung	☐ Ja ☐ Nein [Ausschluss]
Fertigstellung der Arbeiten innerhalb der letzten 8 Jahre (08/2018 – Einreichung des Angebots)	☐ Ja, Fertigstellung (MM/JJJJ): _____ ☐ Nein [Ausschluss]
Sanierungsfläche $\geq 1.500 \text{ m}^2$	☐ Ja, Flächengröße: _____ m^2 ☐ Nein [Ausschluss]

WEITERES MINDESTKRITERIUM (ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 1 ODER 2)

Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	☐ Ja ☐ Nein
Erläuterungsbericht zum Rückbau- und Sanierungskonzept inkl. Entsorgungskonzept	☐ Ja ☐ Nein
Baubegleitende Beprobung schadstoffverdächtiger Materialien	☐ Ja ☐ Nein
Durchführung mit Abschottungs- und Schutzmaßnahmen (z.B. Schwarzbereich, Unterdruckhaltung, Staubschutz, organisatorische Trennung, Lärminderung etc.)	☐ Ja ☐ Nein

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben (max. 2 DIN-A4 Seiten)	☐ Ja
---	-----------------------------

4 / PROJEKTTEAM

4.1 / PROJEKTFÜHRUNG

Projektführung (Name, ggf. Titel)	
Berufserfahrung (mind. 5 Jahre)	
Beruflicher Werdegang (u.a. Berufsabschluss und einschlägige Berufserfahrung)	
Angaben zur Erfahrung und Qualifikation, beispielsweise in Form von persönlichen Referenzen	☐ Ja, in der Angebotspräsentation dargestellt ☐ Nein (= unvollständig)

4.2 / STELLVERTRETENDE PROJEKTFÜHRUNG

Stellvertretende Projektführung (Name, ggf. Titel)	
Berufserfahrung (mind. 5 Jahre)	
Beruflicher Werdegang (u.a. Berufsabschluss und einschlägige Berufserfahrung)	
Angaben zur Erfahrung und Qualifikation, beispielsweise in Form von persönlichen Referenzen	☐ Ja, in der Angebotspräsentation dargestellt ☐ Nein (= unvollständig)

4.3 / OBJEKTÜBERWACHUNG

Objektüberwachung (Name, ggf. Titel)	
Berufserfahrung (mind. 5 Jahre)	
Beruflicher Werdegang (u.a. Berufsabschluss und einschlägige Berufserfahrung)	
Angaben zur Erfahrung und Qualifikation, beispielsweise in Form von persönlichen Referenzen	☐ Ja, in der Angebotspräsentation dargestellt ☐ Nein (= unvollständig)

5 / ANGEBOT

5.1 / ANGEBOTSBESTANDTEILE

Grundlage dieses Angebotes sind die übermittelten Vergabeunterlagen inkl. der Anlagen.

Unserem A1 – Angebotsblatt sind folgende Unterlagen beigelegt:

- ☐ A1.1 - Bietergemeinschaftserklärung (nur bei Bietergemeinschaften einzureichen)
- ☐ A1.2 - Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (nur bei Eignungsleihe einzureichen)
- ☐ A1.3 - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (nur bei Einbeziehung eines Unterauftragnehmers einzureichen)
- ☐ Nachweis Berufshaftpflichtversicherung
- ☐ Nachweis Berufszulassung
- ☐ Projektbeschreibung Referenzprojekte
- ☐ Umsetzungskonzept mit Angaben zum Unternehmen, Personal und Herangehensweise
- ☐ A2 – Honorarblatt

5.2 / BIETERERKLÄRUNG

Mit der nachfolgenden Unterzeichnung bestätigt der Bieter,

- ◆ alle Vergabeunterlagen sowie den Vertragsentwurf lückenlos zur Kenntnis genommen zu haben;
- ◆ sämtliche in den Vergabeunterlagen enthaltenen und darin in Bezug genommene Verfahrens- und Vertragsbedingungen anzuerkennen;
- ◆ dass mit den zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen vertraulich umgegangen wurde;
- ◆ dass eine falsche Angabe den Ausschluss aus dem Vergabeverfahren zur Folge hat;
- ◆ dass bei Abgabe dieses Angebots keine Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) begangen wurden;
- ◆ mit der Verarbeitung und Speicherung der im Rahmen des Vergabeverfahrens mitgeteilten personenbezogener Daten einverstanden zu sein.

--	--

Ort, Datum

Erklärender im Sinne des § 126 b BGB